

Erstgeleint

an allen Werktagen.

Bezugspreis

für Monat November m.

in der Geschäftsstelle 250.—

in den Ausgabestellen 260.—

durch Zeitungsbüro 300.—

am Postamt 265.—

ins Ausland 20 deutsche Mark.

Vernissage: 4246, 2275,

2110, 3249.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung

Anzeigenpreis:

f. d. Grundschriftzeile im

Anzeigenkettenteil innerhalb

Polens . . . 40.—M.

Nellmeteit 120.—M.

Für Aufträge aus

Deutschland 3.50 M.

im Nellmeteit 10.—M.

in deutscher Mark.

Telegrammadresse:

Tageblatt Poznań.

Czeczkow Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Minoritätschutz und Völkerbund.

Der Genufer Beschluß über die Teilung Oberschlesiens beschäftigt die Gemüter begreiflicherweise so stark, daß hinter diesem Ereignis alles andere weit zurücktritt und manches unbeachtet bleibt, was mit Rücksicht auf seine politische Bedeutung verdiente, stärker als Tageslicht gezogen zu werden. Auch die Tagung der Völkerbundliga in Wien ging fast unbeachtet vorüber. Und doch wurde hier ernste Arbeit geleistet; man dachte und handelte im Sinne wicklicher Völkervereinigung. Der Geist, der den großen Bund erschaffen sollte, scheint sich zu seinen Hilfsorganisationen geflüchtet zu haben — während man in Genf auf den ausgesprochenen Willen einer überwiegenden Mehrheit nicht den geringsten Wert legte, bedachte man in Wien, auf welche Art dem Rechte auch der geringsten Minderheit Schutz und Sicherheit gewährt werden können.

Die Debatte über den Minoritätschutz bildete den interessantesten Teil der mehrtägigen Verhandlungen.

Die Rechtssektion der österreichischen Völkerbundliga hatte ein Memorandum überreicht, das sich unter anderem eingehend mit der Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei beschäftigt. Die Deutschen fühlen sich — so führt die Denkschrift aus — als Staatsangehörige zweiten Ranges. In Ministerien und Zentralstellen amtierten ausschließlich tschechische Beamte, ebenso in den meisten Kreis- und Bezirksbehörden.

Die deutschen Staatsangehörten leiden schwer unter der Einführung der tschechischen Sprache als interner Amtssprache. Große Städte wurden durch Eingemeindung benachbarter Landgemeinden tschechisiert. Auf dem Gebiete der Schulen, der Museen, des Handels, der Theater werden die Deutschen benachteiligt. Zum Schluß macht die Denkschrift verschiedene Vorschläge, als deren Vertreter bei der Tagung der Präsident der österreichischen Völkerbundliga Dr. Dumba austrat. Seine Anträge gipfelten in dem Vorschlag:

Beim Sekretariat des Völkerbundes ist eine vermanente Sektion zu schaffen, die Informationen über alle Minderheiten zu sammeln hat; sie wird gegebenenfalls Untersuchungskommissionen an Ort und Stelle entsenden. Die Sondersektion hat auch das Recht, aus eigener Initiative, ohne Beschwerben der interessierten Staaten abzuwarten, Angelegenheiten der Minderheiten vor den Rat zu bringen.

Ferner soll der Minoritätschutz auf alle Minderheiten in allen Ländern auf Grund der in den Verträgen garantierten Mindestrechte ausgedehnt werden.

Unter stürmischen Beifall segnete der große Ernst Plechner auseinander, die neue internationale Rechtsordnung bringe allerdings eine Einschränkung der Einzelsovereinheit mit sich; aber ohne eine solche sei ein neuer Rechtszustand eben nicht möglich. Alle, die ein Regime des Rechts und der gegenwärtigen Achtung wünschen, müßten für eine Tätigkeit des Völkerbundes in Fällen gerechter Beschwerden eintreten.

Auch der Vertreter der noch in der Gründung begriffenen deutschböhmischen Völkerbundliga Dr. Wilhelm Medinger durfte das Wort ergreifen. Er forderte in dem vielprachigen tschechischen Staate das Sprachenrecht der Schweiz. Es sei widerständig, daß 40 000 Deutsche Provinz, die fast die Hälfte aller direkten Steuern zahlt, vor Gericht und mit den Behörden, sich ihrer Sprache nicht beweisen dürften!

Nach Antrag des Engländer Dickinson wurde eine besondere Kommission eingesetzt, um sich mit den angeregten Fragen zu beschäftigen; die Resolutionen Drumbas gelangten mit kleinen Änderungen zur Annahme.

Eine Sowjetrepublik in Portugal?

Madrid, 26. Oktober. (PAT.) Die "Imparcial" aus Vigo meldet, daß ein ehemaliger republikanischer Minister aus Portugal erklärt, die revolutionäre Bewegung in Voringa habe einen ausgebrochenen sozialistischen Charakter. Der erste Akt der neuen Regierung sei die Freilassung der Männer von Sidonio Paes und aller wegen sozialer Vergehen Angeklagten. Ihre Absicht wäre, in Voringa die Sowjetrepublik auszurufen. Der Führer der Division von Porto, General Suárez Rosa, sei mit seinen Truppen nach Lissabon gegangen, um die neue Regierung zu stützen.

Lissabon, 26. Oktober. (PAT.) Das neue Kabinett erklärte die Wahlen und alle Akte des gegenwärtigen Parlaments für ungültig. Abteilungen der republikanischen Truppen und Marinesoldaten nehmen an der gegenwärtigen Bewegung einen Anteil.

Aus Lissabon kommt die Nachricht, daß die neue Regierung den Belagerungszug an und über Lissabon verhängt hat.

Die irische Konferenz gefährdet.

London, 26. Oktober. (PAT.) Vor Beginn der Montagskundgebung der irischen Konferenz beantwortete Lloyd George in Unterhaus die Interpellation in der Angelegenheit der bekannten De Valeras an den Papst. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Veröffentlichung dieser Depeche gerade in dem Augenblick, da die Verhandlungen im Gang waren, einen sehr unruhigen Eindruck hervorruhen müßten. Der Standpunkt der Regierung in der von der Depeche berührten Angelegenheit ist von genügend geklärt. Die Regierung hat nicht die Absicht, von einem Standpunkt zurückzutreten, und auf einer anderen Grundlage kann die Konferenz nicht fortgesetzt werden.

Die irischen Delegierten haben zu der ganzen Angelegenheit eine Stellung genommen. Die Lage ist sehr ernst und eine Weiterführung der Verhandlungen gefährdet.

Die Lage in Oberschlesien.

Bethen, 26. Oktober. (PAT.) Der "Oberschles. Kurier" berichtet: Die interalliierte Kommission sandte am Mittwoch einen Bericht an den Vorsitzerrat, in dem sie mitteilt, daß in Oberschlesien vollkommen Ruhe herrscht, und daß die Kommission zur Festsetzung der Grenzen ohne Schwierigkeiten und ohne Hindernisse seitens der Bevölkerung schon ihre Einleitungarbeiten an Ort und Stelle begonnen habe.

Polen nimmt die Entscheidung an.

Warschau 26. Oktober. Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat Minister Skarbun erklärt, daß die polnische Regierung sich entschlossen hat, den polnischen Geländen in Paris zu beauftragen, daß er den Verbundstaat das Einverständnis der polnischen Regierung mit der Entscheidung in der oberschlesischen Frage erläutere.

In der Aussprache wies der Abg. Marian Sedla darauf hin, daß in der Erklärung, die der Sejm in der heutigen Sitzung angenommen hat, bestimmt werden mußte, daß Polen nur gezwungen die Entscheidung annimme. Weiter müsse in der Erklärung bemerket werden, daß alle Versuche eines deutschen Putsches vollaufmessen ausgeschlossen sind. Der Sejm sollte sich mit warmen Worten an die Bevölkerung Oberschlesiens und besonders an die Außständischen und ihre Führer wenden. Polen wird zu Verhandlungen mit den Deutschen über die Regelung der Wirtschaftsordnung bereit sein, von einigen Zugeständnissen könne jedoch keine Rede sein. Der Warcer Zweck fordert die Herausnahme Oberschlesiens aus der kirchlichen Herrschaft des Kardinals Bertram.

Die Deutsche Volkspartei zur Entsendung eines Reichskommissars.

Berlin, 26. Oktober. (Tel.-U.) Nach einer Mitteilung der D. P. hat die Deutsche Volkspartei die Entsendung eines Reichskommissars nicht unter allen Umständen ab. Sie macht sie aber von der Bedingung abhängig, daß die geschäftsführende alte oder eine neu gebildete Regierung der Entente zu erzielt, mitteile, der Kommissar würde einzustellen werden, wenn die Entente ausdrücklich zu Kenntnis nehme, daß die Entsendung des Kommissars keine Zustimmung oder Anerkennung des Senatschreches bedeute. Diese Auffassung steht zu den bekannt gewordenen Fraktionsbeschlüssen im ausgesprochenen Widerbruch. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist heute vormittags 11 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammengetreten. Bis zum Abendstischl der D. P. um 1 Uhr lag ein neuer Beschluß der Deutschen Volkspartei im Reichstage nicht vor.

Aufruf der deutschen Studentenschaft.

W. L. B. melde: Der Vorstand der deutschen Studentenschaft erläutert einen Aufruf an die akademische Jugend aller Länder, in dem gesagt wird:

Die deutsche Studentenschaft wendet sich in dieser Stunde der Not an die akademische Jugend aller Länder. Sie ruft ihr zu: Wie lange noch sollen Weisheit und Recht vergewaltigt werden? Wann endlich wird das Rechsempfinden der gesamten Welt sich aufzulösen gegen diese Ungeheuerlichkeit? Nicht um Hilfe, nicht um Gnade geht unser Ruf; wir fordern nur eines: Gerechtigkeit!

Gewerkschaftskundgebung zur Genufer Entscheidung.

Berlin 25. Oktober. (Tel.-U.) Die Bundesleitung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten sieht in der in Genufa gefallenen Entscheidung des Völkerbundrates eine neue Segewaltung des deutschen Volkes. Die Bundesleitung sieht in der Genufer Entscheidung einen Missbrauch des Rechtes, eine Quelle immerwährender Beunruhigung und Unterdrückung und die Durchführung des Grundsatzes Gewalt geht vor Recht. Die deutschen Angestellten erwarten von der Reichsregierung, daß sie alle Mittel des Rechts anwenden wird, um den Gedanken der Gerechtigkeit gegenüber der Gewalt mit allen legalen Mitteln zu verteidigen. Den deutschen Angestellten und Arbeitern Oberschlesiens wird der Gewerkschaftsbund der Angestellten in ihren schweren Kampf tatkräftig zur Seite stehen.

Stimmen oberschlesischer Zeitungen.

Beuthen, 26. Oktober. (PAT.) Die "Nationaler Zeitung" ist der Ansicht, daß man einen Kommissar zu den Verhandlungen mit Polen nicht absenden solle. Der sozialistische Volkswillkür für Verhandlungen mit Polen fordert jedoch Deutschland auf, diese Verhandlungen in günstigstem Sinne für sich auszunutzen. Der oberschlesische Kurier schreibt: Das Reichskabinett ist zurückgetreten. Wenn es vorläufig auch die Geschäfte weiterführt, so hat es jedoch keine Möglichkeit, Entscheidungen zu treffen, und hier geht es um Dinge von größter Bedeutung, um die Absendung eines deutschen Vertreters zur Führung von Verhandlungen mit Polen.

Was am 28. Oktober erfolgen muß, wenn man einen deutschen Deputierten nicht absenden wird, so werden die interessierten Staaten über uns zur Tagesordnung übergehen. Niemand wird sich der Interessen der Deutschen in Oberschlesien annehmen und niemand wird unsere Rechte verteidigen. Die eine Folge dieses unbedachten Schrittes wird sein, daß die polnischen Truppen nicht an der Grenze, wo sie am 28. Oktober erfolgen muß, wenn man einen deutschen Deputierten nicht absenden wird, sondern in das Innere Oberschlesiens eindringen und die heimgekehrten Städte Beuthen und Gleiwitz einnehmen werden. Ob Frankreich und England die Absicht und den Willen haben werden, Polen an der Besetzung zu hindern? Niemand würde für uns den Finger richten, und Beuthen und Gleiwitz würden unter der Herrschaft der polnischen Truppen verbleiben. Pflicht der deutschen Regierung ist es, sofort ihren Vertretern zu den Verhandlungen nach Oppeln abzusenden.

Kommunistische Demonstrationen in Paris.

Paris, 26. Oktober. (PAT.) Die Kommunisten organisierten am Montag eine Kundgebung als Protest gegen die Verurteilung der italienischen Anarchisten. Die Manifestanten wurden zerstreut. Die Polizei verhaftete 6 Anarchisten. Nach der Verhandlung der Manifestanten, die zu Gunsten der verurteilten italienischen Anarchisten veranstaltet wurde, die in den Vereinigten Staaten verhaftet wurden, verübt die Menge, nach dem amerikanischen Konsulat zu ziehen. Dieses vereitete die Polizei. Es wurden 17 Personen verhaftet. Eine Panzerwaffe, die auf die Polizeibeamten geworfen wurde, explodierte nicht.

Paris, 26. Oktober. (Tel.-U.) Die Handgranate, die gestern Abend am Ausgänge der Kommunistenveranstaltung im Sacré-Cœur geschleudert worden ist, hat in ganzem 15 Personen verwundet, darunter 12 Polizisten. Im Laufe der Zusammenstöße sind 20 Personen verhaftet worden.

Die Regierungsbildung in Deutschland.

Ein neues Kabinett Wirth.

Berlin, 26. Oktober. (PAT.) Der Reichspräsident Ebert hat dem bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Wirth die Bildung des neuen Kabinetts übertragen.

Die Deutsche Volkspartei lehnt die Beteiligung an der Regierungsbildung ab.

Berlin, 26. Oktober. (Tel.-U.) Wie wir hören, sind heute vorzeitig Führer der Volkspartei beim Reichspräsidenten gewesen. Bei dieser Besprechung wurde der Volkspartei der Eintritt in die Regierungskoalition angeboten. Die Volkspartei hat aber den Eintritt abgelehnt, da sie in eine Koalition nicht einzutreten gewillt ist, die zu den von der Entente geordneten polnisch-deutschen Verhandlungen einen Kommissar schickt. Es ist anzunehmen, daß nunmehr aus der alten Koalition eine Regierung gebildet wird.

Eine Entschließung der bayerischen Demokraten.

Augsburg, 26. Oktober. Der Demokratische Parteitag Bayerns, der vom 20.—23. Oktober in Augsburg stattfand, sprach sich dahin aus, daß eine Wiederkehr Wirths nicht erwünscht sei und der Protest des gesamten Volkes gegen die Herrschaft Oberschlesiens in den Entschließungen des Reichstages und der Reichsregierung mißtun Ausdruck finden möge.

Die Pariser Presse zur Demission der Regierung.

Paris, 26. Oktober. (Tel.-U.) Dem "Temps" gibt der Rücktritt des Kabinetts Veranlassung, daraus hinzzuweisen, daß auch das fünfte republikanische deutsche Kabinett ebenso wie die vorhergehenden ohne öffentliche Debatte und ohne Abstimmung verabschiedet. Diese System habe seine schwache Seite, denn der Fernlebende kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sich ein vorbereitetes Spiel vor seinen Augen abrolle. Der "Gaulois" hält es nicht für ausgeschlossen, daß Deutschland den Versuch unternehmen werde, eine Regierung der Rechten zu bilden, aus der die Sozialisten ausgeschlossen sein würden. Gustave Hervé erklärt in der "Victoire": Jetzt, wo der Reichskanzler Wirth seine Geste gemacht habe, müßte man in Frankreich im Interesse des republikanischen Deutschlands, daß er sein Ministerium neu bilde und die Macht wieder ergriffe.

Der Karlskronputsch.

Wer kann den ungarischen Karlisten nicht das Lob glänzender Diplomatie vorreihen, sie haben den Gegenschlag, der sich zwischen der großen und kleinen Entente herausgebildet hatte, großartig auszunützen gewußt. Zum ersten Male erlebte man das Schauspiel, daß ein besiegteter Staat einem der sogenannten Siegstaaten Schach treten konnte. Aus unbedränglicher Gedankenverwirrung hat die italienische Politik die These aufgestellt, es wäre immer noch besser, ein ungarisch-österreichisches Königreich, vielleicht im Zusammenhang mit einem bayerischen Königreich, könne unter italienischer Leitung zustande, als daß eine doch nicht anhaltende Entwicklung sich ohne Kontrolle der Entente vollziehe. Dabei buchte Marchese della Torretta den leichten Erfolg, das gegenwärtig in Italien so verhakt Jugo-Ladinien isoliert zu haben, als sei es von höchstem Wert, auch im Rücken dieses slawischen Nachfolgestaates einen militärisch mächtigen Verbündeten zu gewinnen. Die Regierung Bethlen-Bánffy hat damit begonnen, daß sie die Rückkehr Karls nicht billige und ihn auffordern werde, alsbald das Land wieder zu verlassen. Aber gestern noch hielt in fünfjährigen Ministerpräsident Bethlen eine legitimistische Riede, die sofort bei Bekanntwerden in Wien die Ansicht verstärkte, daß die Gefahr über einer bevorstehende Rückkehr des Exkönigs begründet seien. Die Grafen Bethlen und Bánffy sind patriotisch genug, um für Karl zu opfern. Daß sie unbedingt zuverlässige Karlisten sind, ist nie bestritten worden.

Es ist bereits dafür gejorgt, daß eine Art Doppelpolitierung vorhanden sein wird, Malowisch, der frühere Präsident der Nationalversammlung, soll von Karl sofort bei der Begrüßung in Oedenburg zum neuen Ministerpräsidenten ernannt werden. Über die Bildung dieser neuen Regierung gehen die Karolosch unter seinen Ministern, die Grafen Apponyi und Andrássy sowie den gemeinsamen Minister des Außenwesens haben werde; nach der zweiten Version soll ein weiteres Kabinett mit dem früheren Ministerpräsidenten und Kriegsminister Friedrich unter dessen Mitwirkung zusammentreffen.

Die militärische Aktion König Karls.

König Karl hatte Sonnabend per Bahn Oedenburg verlassen, um über Raab nach Osnovest zu gelangen. Seinem Zug folgten drei Flüge mit Militär. Man erwartete seine Ankunft bereits in den Nachmittagsstunden, doch blieben die Flüge aus. Die Anhänger der Gegenpartei haben zwischen den Stationen Asz und Komorn die Eisenbahnlinien aufgerissen, so daß König Karl mit seinen Truppen die Fahrt unterbrechen mußte. König Karl war entschlossen, gegebenenfalls jeden Widerstand mit Gewalt zu begegnen und die Hauptstadt, wenn es nicht anders geht, kämpfend zu besetzen. In Osnovest wurde fleißig an der Durchführung entsprechender Gegenmaßnahmen gearbeitet.

In den Mittagsstunden verbreitete sich das Gerücht über Verhandlungen mit den Außständischen. Diese Verhandlungen verschlugen sich. Das Kommando der Nationalarmee ordnete einen weiteren Bormash an. Die Regierungskarre hat wiederum Fühlung mit den Außständischen genommen, die sie unter ständigen Kämpfern zurückdrängen.

Mittags 12 Uhr gingen die Regierungstruppen vor. Es war die Umrangung der Karlisten und die Besetzung des Königs und der Königin geplant. Zuerst wollten die Truppen nicht auf ihre ungarischen Brüder schießen, und die kriegerische Stimmung war sehr schwach. Horthy jedoch ließ die Nachricht verbreiten, daß sich unter den Truppen der Bischöfliche Österreicher und Bayern befinden. Darauf gingen die Regierungstruppen energisch vor. In Wirklichkeit befinden sich in den Bataillonen Karls gegen 400 österreichische und bayerische Offiziere, die schon vorher den Dienst in Westungarn ausübten.

Im Verlaufe der Nacht traf die Nachricht ein, daß sich die Abteilungen Karls auf dem Rückzug befinden. Am Morgen verloren die Regierungstruppen die Fähigkeit mit den Abteilungen Karls, die an etlichen Stellen die Eisenbahnlinie vernichteten. Die Abteilungen Karls werden von den Regierungstruppen verfolgt. Das energische Vorgehen der Regierung fand die Anerkennung des ganzen Landes.

<p

Arbeiterbewegung.

Wiedererscheinen der Berliner Zeitungen.

Verbotene große Mengen an Waffen und Munition und machen 120 Gefangene. Sie hatten 8 Tote und 18 Verwundete. Die Regierungstruppen hoffen, im Laufe des heutigen Tages vollkommen über der Lage zu werden.

König Karl interniert.

Danzig, 26. Oktober. (PAT.) Aus Wien wird berichtet, daß der Kaiser Karl und seine Gemahlin Sisi in das Schloss Loun überführt wurden, wo seinerzeit Kaiserin Elisabeth weilte.

In der Schlacht, die zwischen den Regierungstruppen und den Truppen der Monarchisten stattfand, verloren diese 500 Tote und 2000 Verwundete. Zwei Kompanien wurden gefangen genommen.

Maßnahmen der Tschechoslowakei.

Wien, 26. Oktober. (PAT.) Der „Morgen“ berichtet aus Prag: Die tschechische Regierung benachrichtigte die ungarische Regierung, daß sie die Ausweisung Kaiser Karls aus Ungarn im Verlaufe von 48 Stunden fordere. Nach Ablauf dieses Termins behält sich die tschechoslowakische Regierung freie Hand gegen Karl vor. Es wurde die Mobilisierung aller Waffenträger bis zum 32. Lebensjahr angeordnet. Der Mobilisierungsauftrag wurde in Prag in den Mittagsstunden des Sonntags auf den Strafen ausgehängt. Nachmittags zogen militärische Abteilungen in die Stadt, um sich noch dem Bahnhof zur Abfahrt an die ungarische Grenze zu begeben. Den militärischen Abteilungen, die kriegerisch ausgerüstet waren, wurden lebhafte Kundgebungen zuteil. Alle Militär- und Bürbchörden sezen ihren Dienst ohne Unterbrechung fort. Die Grenzen nach Ungarn bleiben geschlossen.

Bisher ist der einzige Schritt der „kleinen Entente“ ein gemeinsamer Protest des tschechischen und südslawischen Vertreters in Budapest geblieben, der noch nicht die Form eines Ultimatums angeschlossen. Man bezweifelt hier die Ehrlichkeit der Regierung. Beihaben abgegebenen Erklärung, hofft aber immer noch, daß sich Ungarn einem strengen Ultimatum der großen und kleinen Entente beugen werde. In diesem Falle ist man entschlossen, sich der Person Karls zu versichern. Sollte Ungarn das Ultimatum ablehnen, so sind die energischsten Maßnahmen wahrscheinlich. Die tschechoslowakische Armee ist vorbereitet. Zwischen Prag und Belgrad herrscht Einvernehmen. Bezüglich Rumaniens ist man auf Vermutungen angewiesen. Denn während von einer Seite befürchtet wurde, die rumänische Außenpolitik laufe trakt ihrer Beziehungen zur kleinen Entente der Prager und Belgrader Politik vollkommen parallel, ist man an anderer Stelle zurückhaltender gewesen. In Prag wie in Belgrad beurteilt man diesen Putsch ernster als die Österreich Karls, weil er von den Monarchisten weitaus sorgfältiger vorbereitet worden ist.

Heute nachmittag versammelten sich die tschechischen sozialistischen und nationalsozialistischen Führer in der Kammer und führten eine gemeinsame scharfe Resolution gegen die Restaurierung des Habsburgers in Ungarn. Die Versammlung, an der auch Vertreter der deutschen Sozialisten und mehrere Minister teilnahmen, beschloß, für morgen mittag ein großes Volksmeeting unter freiem Himmel einzuberufen. Die Stimmlauf der Arbeiterschaft ist sehr erregt, was auch aus der Haltung ihrer Presse hervorgeht. So schreibt das Hauptblatt der tschechischen Sozialisten, das „Brave Šidu“, heute abend: „Um unsere Ehre vor der Geschichte zu wahren, sind wir verpflichtet, bis zum letzten Mann aufzutreten, wenn dies nötig sein wird, um die Habsburger mit ihrer reaktionären Rute zu verjagen.“

Wien, 26. Oktober. (PAT.) Die südslawische Korrespondenz berichtet aus Belgrad: In der Durchführung des Beschlusses des Ministerrates wurde die Eisenbahnverbindung mit Ungarn unterbrochen. Drei Divisionen wurden an die Nordgrenze gesandt. In politischen Kreisen hört man, daß in Kürze weitere Anordnungen getroffen werden sollen, deren Veröffentlichung nach Durchführung der Verhandlungen zwischen Belgrad, Budapest und Prag erfolgen soll.

Der Standpunkt der Botschafterkonferenz.

Paris, 26. Oktober. (PAT.) Die Botschafterkonferenz gab den Vertretern der Verbundstaaten in Osnabrück den Auftrag, von der ungarischen Regierung die Proklamation zu fordern, daß der ehemalige Kaiser Karl kein Amt auf den Thron bestätigt und daß er in Haft genommen und gezwungen wird, Ungarn zu verlassen. Am Hause Ungarn diesen Auftrag nicht annimmt, erklären die Verbundstaaten, daß Ungarn die ganze Verantwortung und alle Folgen, die sich aus seinem Standpunkt ergeben, tragen müsse.

Karl an die Schweiz.

Wien, 26. Oktober. (PAT.) Die Wiener Allg. Zeitung schreibt: Nachrichten aus der Schweiz folgten, daß der ehemalige Kaiser Karl einen Brief an den Schweizer Bundesrat in dem er seine Absicht mitteilte und bat, daß für den Fall des Nichtgelungens seines Planes der Bundesrat sich seiner Kinder annehmen möge, da er entschlossen ist, seine Niederlage nicht zu überleben.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von Beontine von Winterfeld.

(38. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

16. Kapitel.

Ellen und Lies saßen am anderen Morgen gerade beim Frühstück, als ein Billett an Lies abgegeben wurde.

„Ich bitte Dich, umgehend zu mir zu kommen. Gisela.“

Lies schüttelte erschrocken den Kopf.

„Was mag das nur bedeuten? Hoffentlich ist nichts passiert. Das sieht Gisela eigentlich so gar nicht ähnlich.“

Dann zog sie sich an und ging zur Schwester herüber.

Unterwegs ließ Ellen ihren Koffer vom Boden holen und begann langsam und traurig einzupacken. Dabei summte sie leise die Melodie „Es ist bestimmt in Gottes Rat.“ Als sie beim letzten Vers angekommen war, lachten ihre Augen wieder.

Hastig ging zur selben Zeit Lies die Königstraße entlang. Hin und her grübelte sie, was Gisela wohl von ihr wollte. Als sie oben bei Dr. Rainer hingestellt, machte ihr das Mädchen auf, freundlich wie immer.

„Wo ist die gnädige Frau? Es ist doch nichts passiert?“

„I, wo wird denn was passiert sein. Die Gnädige ist drinnen beim Frühstück.“

Erleichtert atmete Lies auf. Von Stube zu Stube ging sie, ohne Gisela zu finden.

Endlich auf dem Balkon, mitten im Schnee, wo der Wind um die Hausecken fuhr, stand Gisela im leichten, dünnen Morgenrock, ohne Tuch, ohne Mantel.

Lies riss die Tür zum Balkon auf.

„Gisela, bist Du toll? Du willst Dir wohl den Tod holen?“

Gisela drehte sich nicht um. Mit starren Augen sah sie hinab in den Garten, wo der Wind die raschelnden Herbstblätter aufwirbelte, und sagte langsam, — tonlos:

„Den Tod holen? Den brauchen wir uns nicht erst holen, der kommt schon von ganz allein.“

„Gisela!“ Lies rüttelte sie am Arm — „komm doch hinein; was soll das? Du wolltest mir doch etwas sagen?“

Gisela drehte sich langsam um. Mit großen, leeren Augen sah sie auf die erschrockene Lies. Dann fuhr sie ihr weich mit der Hand über die Wangen.

„Eine Lies, sieh nicht so ängstlich aus. Einmal muß das ja doch kommen, — so oder so.“

Dann, — sich traurig an der andern haltend, — „Lies, keiner weiß, wie's drüber ist, keiner kann zurück von da. Lies, ich habe immer geglaubt, es gäbe kein Jenseits. Nun — habe ich solche Angst, Lies — solche Angst.“

Sie griff an ihr Herz, intensiv war ihr Gesicht.

Lies legte die Arme um sie und führte sie herein ins warme Zimmer. Dann schloß sie sorglich die Balkontür.

„Gisela, liebste Gisela, — Du bist doch nicht krank? Was fehlt Dir? Soll ich Ernst rufen?“

Die andere setzte sich schwer und müde in den lieben Sessel. Sie schüttelte den Kopf.

„Ich bin nicht krank, Lies. Aber ich weiß doch, daß ich jetzt sterben muß. Denn —“

Jetzt stand sie auf.

Langsam, schwankend kam sie auf Lies zu. Wie Feuer leuchtete ihr knisterndes Haar. Schneeweiß waren ihre Lippen. Unter den tief verschleierten Augen lagen blaue Ränder.

„Denn?“ Lies stand zitternd in Angst und wollte sie stützen.

Aber Gisela stieß ihre Hand zurück.

„Die ganze Nacht habe ich nicht geschlafen, — alle die leichten Nächte nicht. Ich hatte solche Angst, er könnte es merken, — irgend jemand könnte es merken. Lies —“

Ihre Stimme sank zum Flüsterton herab, ihre langen weißen Finger schlossen sich fest um Lies' Handgelenke. Nicht brachte sie ihren Mund an das Ohr der andern, — „Lies, — ich bin Mutter!“

Lies prallte zurück, leuchtender Jubel in den Augen.

„O Gisela, liebste Süße, — nun wird ja alles, alles gut!“

Vor den Kreislagswahlen.

Teil II des Wahlreglements (Dziennik Urzędowy Nr. 26) beschäftigt sich mit den Wahlen in den selbständigen Wählern. Darüber bestimmen die Artikel 7, 8, 9, 10, 11 des Wahlreglements (Dziennik Urzędowy Nr. 26):

Art. 7.

In den Städten, welche selbständig wählen, führen die Wahlen die Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlungen durch, indem sie zwei Stadtverordnete (Ratscherrer) zum Wahlbüro wählen (Art. 4 und 6 der Verordnung vom 12. 8. 1921). In Städten, welche gemeinsam wählen (Art. 5 der Verordnung vom 12. 8. 1921), treten die Stadtverordneten (Ratscherrer) der Stadtverordnetenversammlung (Stadtrate) zu dem durch den Kreisausschuß bestimmten Zeitpunkt und Ort zusammen. Die Sitzung wird eröffnet vom Stadtverordnetenvorsitzenden der Stadt, welcher die Legitimationen der Stadtverordneten prüft und zwei Stadtverordnete zum Wahlbüro beruft.

In den Landgemeinden, welche indirekt wählen (Art. 7 der Verordnung vom 12. 8. 1921), werden die Wahlen vom Gemeindewortheiter als Vorsitzenden des Gemeinderates durchgeführt, welcher zwei Ratscherrer für das Wahlbüro bestimmt.

Art. 8.

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Auf den Stimmzetteln sind so viele Namen anzubringen, als Kreislagsmitglieder gewählt werden. Die auf einem Stimmzettel mehrfach angegebenen Kandidatennamen gelten als nur einmal angegeben.

Art. 9.

Sofern ein oder zwei Kreislagsmitglieder gewählt werden, so ist derjenige gewählt, der die absolute Mehrheit erhalten hat.

Art. 10.

Wenn mindestens drei Kreislagsmitglieder gewählt werden, darf jeder Ratscherr in der Sitzung eine Kandidatenliste anmelden, die so viele Namen enthält, als Kreislagsmitglieder gewählt werden.

Der Liste muß eine schriftliche oder, sofern der Kandidat bei der Sitzung zugegen ist, eine mündliche Erklärung des Kandidaten beigelegt werden, daß er mit der Anbringung seines Namens auf der Liste einverstanden ist. Ist ein oder derselbe Kandidat in mehreren Kandidatenlisten angegeben, so gilt er als Kandidat derjenigen Liste, der die Erklärung beigelegt ist. Sind solche Erklärungen mehreren Kandidatenlisten beigelegt, so gilt er als Kandidat derjenigen Liste, an der er als höchster Stelle angeführt ist, und falls die Stellen gleich waren, als Kandidat derjenigen Liste, welche der ältere Ratscherr angemeldet hat.

Das Ergebnis der Wahlen wird im Sinne der Bestimmungen des Artikels 85 des vorliegenden Reglements festgestellt. (Werth-Muster Nr. 21.)

Art. 11.

Die Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlungen sowie der Gemeinderäte, welche die Wahl der Kreislagsmitglieder durchführen, haben sofort nach Beendigung der Wahlen sämtliche Dokumente der Kreiswahlkommission zu übersenden, insbesondere:

1. Einladungen zu Sitzungen, sofern die Einladungen nicht im Wege der öffentlichen Bekanntgabe durch den Kreis ausfüllbar erfolgt sind;
 2. Quittungen über die Einladung zur Sitzung;
 3. das Wahlyordnung;
 4. die Kandidatenlisten und Wahlzettel, eingeschlossen in einen versiegelten Umschlag,
- sobald die direkten Wahlen besiegelt die Artikel 12 bis 16 des Wahlreglements.

Art. 12.

Der Gemeindewortheiter (solzys)

1. stellt unverzüglich die Wählerliste in zwei gleichlautenden Exemplaren auf,
2. legt die Liste zur öffentlichen Kenntnisnahme mindestens 6 Stunden täglich eine Woche lang aus, rechnend von der unter Ziffer 3 vorgesehenen Bekanntgabe,
3. gibt bekannt, wo und wann die Wählerliste eingesehen werden kann,
4. nimmt Proteste gegen die Liste an und über sendet sie unverzüglich dem Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission (Art. 14 des Reglements),
5. über sendet die Wählerliste nach ihrer Auslegung unverzüglich an die Bezirkswahlkommission.

Für jede Gemeinde und jeden Gutsbezirk werden besondere Wählerlisten aufgestellt. Sofern die Bezirkswahlkommission die Gemeinde oder den Gutsbezirk in Abstimmungsbezirke eingeteilt hat, so sind so viele Wählerlisten aufzustellen, als Abstimmungsbezirke vorhanden sind, und zwar ist jede Liste in zwei Exemplaren auszufertigen.

Art. 13.

In die Wählerliste werden sämtliche Männer und Frauen eingetragen, welche

1. am Tage der Auslegung der Liste das 21. Lebensjahr vollendet haben,
2. seit dem 12. August 1921 oder früher ihren ständigen Wohnsitz im Kreise haben,
3. Bürger des polnischen Staates sind,
4. im Volkseig. der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Weich legte sie den Arm um den Hals der andern und zog sie neben sich auf das Sofa.

„Nun wird alles gut, Gisela, — o, — nun wirst Du selber auch anders werden, — so viel froher und glücklicher und —“

Müde strich sich Gisela mit der Hand über die Stirn. „Närrchen Du, weil's Dein Glück war, meinst Du, es muß bei allen so sein? Ich weiß, daß es mein Tod ist.“

Lies lächelte, laut bestehend und herzlich. —

„Dein Tod? I, Du bist wohl nicht gescheit! Denkt wenn alle so dächten. Sind wir nicht alle, alle, — jeden einzelnen so auf die Welt gekommen? Du leidest an eigenen Ideen, Kind. Dies las nur hübsch bestehend. O, diese Zeit soll schön für Dich werden, wunderschön! Wir werden viel zusammen sein, — hübsche Bücher bringe ich Dir und weite Spaziergänge wollen wir beide allein machen. O, wie ich mich freue, Gisela, — wie ich mich freue!“

Müde tastete Gisela nach ihren Händen.

„Ja, Lies, bleibe Du bei mir, Dich habe ich lieb. Alle anderen sind so töricht, — so mahlos töricht und lächerlich. Von Dir habe ich's auch einmal gedacht. Über Du meinst es gut, die einzige, die es gut mit mir meint.“

Aber Gisela, denke doch an Ernst!“

Gisela schüttelte langsam den Kopf.

„Der hat ja keine Klinik — seine Kranken, die ich habe. Aber — so oft kannst Du ja auch nicht zu mir kommen, — Ellen ist doch noch bei Euch?“

„Sie fährt morgen wieder fort, leider.“

Gisela atmete tief auf. (Fortsetzung folgt.)

„Der Waffenschmied“.

Der Freitag dieser Woche bringt ein heutzutage in Polen nicht ganz gewöhnliches Ereignis: eine deutsche Opernaufführung. Veranstalter ist der Deutsche Theaterverein, dessen Aufführung unter Leitung von Frau Vollner-Meich nach vielen sorgfältigen Proben vorhangs „Waffenschmied“ auf die Bühne bringt. Die Wahl dieses Werkes ist mit Freude zu begrüßen, sind doch in ihm zwei Eigenschaften miteinander ver-

Art. 14.

Das polnische Bürgerrecht besitzt jede Person ohne Unterschied des Geschlechtes, des Alters, Beliebtheit und Volksstums, die im Gebiete des polnischen Staates ansässig ist, sofern ihr nicht das Bürgerrecht eines anderen Staates zusteht.

Unter diesen Personen sind zu unterscheiden:

1. Personen, die im ehem. preuß. Teilgebiet wohnen,
2. Personen, die im ehem. Kongresspolen wohnen,
3. Personen, die in dem Gebiet ansässig sind, das ehemals einen Bestandteil des österreich-ungarischen Staates gebildet hat.

Besaglich der Personen unter 1:

Hier sind diejenigen, welche bereits vor dem 1. Januar 1908 in diesem Gebiete ihren ständigen Wohnsitz gehabt haben, von denjenigen zu unterscheiden, die erst nach diesem Tage hier ansässig geworden sind.

Die ersten sind ohne Vorbehalt Bürger des polnischen Staates, sofern sie nicht von dem ihnen zugehörigen Nationalrecht Gebrauch gemacht haben, die letzteren nur dann, wenn ihnen das Bürgerrecht verliehen worden ist, oder wenn sie polnischer Abstammung sind und das Bürgerrecht durch entsprechende Erklärung im Sinne des Art. 8 des Gesetzes über das Bürgerrecht erwerben. Dieser Artikel lautet: Fremde Staatsangehörige polnischer Abstammung sowie deren Nachkommen werden als Bürger des polnischen Staates angesehen, sofern sie nach Rückkehr ins polnische Staatsgebiet bei der Verwaltungsdürkörfe ihres Wohnortes den Nachweis ihrer polnischen Abstammung nebst der Erklärung niedergelegen, daß sie Bürger des polnischen Staates sein wollen und auf das Bürgerrecht des fremden Staates verzichten.

Besaglich der Personen unter 2:

Von diesen Personen besitzen das Bürgerrecht des polnischen Staates diejenigen, welche in die laufenden Bevölkerungszücher des Königreichs Polen eingetragen sind, oder ein Recht auf solche Eintragung haben.

Besaglich der Personen unter 3:

Von diesen Personen besitzen das polnische Bürgerrecht diejenigen, welche zu einer der Gemeinden bezeugigen Gebiete des polnischen Staates gehören, das ehemals ein Bestandteil des österreich-ungarischen Staates gebildet hat.

Bürger des polnischen Staates ist ferner diejenige Person, die im Gebiete des polnischen Staates geboren ist, sofern ihr nicht das Bürgerrecht eines anderen Staates zusteht.

Auch eine Ausländerin, die einen Bürger des polnischen Staates geheiratet hat, ist Bürgerin dieses Staates.

Art. 15.

Jeder Bürger kann binnen einer Woche vom Tage der Auseinandersetzung der Liste beim Gemeindevorsteher schriftliche Proteste bezüglich der Gültigkeit der Liste einlegen, welche durch entsprechende Beweise zu belegen sind, mit dem Antrag auf Streichung oder Eintragung der eigenen oder einer anderen Person in die Liste.

Der Gemeindevorsteher legt die Proteste unterjähriglich der Bezirkswahlkommission vor.

Art. 16.

Die Bezirkswahlkommission entscheidet betreffs der Proteste binnen einer Woche, rechnend vom Ablauf der zur Durchsicht der Liste angelegten Frist.

Die Kommission benachrichtigt den bzw. die betreffenden Wähler vom Inhalt ihres Beschlusses.

Nach Ablauf einer Woche, rechnend vom Tage des Abschlusses der für die Eintritt der Liste bestimmten Frist, trägt die Bezirkswahlkommission in die Liste ihre Beschlüsse, Verhöhlungen, Ergänzungen oder Streichungen ein. Diese Beschlüsse unterzeichnet der Vorsitzende der Kommission.

Sodann schickt die Bezirkswahlkommission die Wählerlisten ab, seit unter das Ende der Listen ihre Unterschriften und fest neben Datum und Unterschrift irgend ein Amtssiegel.

Die Niedierung irgendeines Namens in der Wählerliste ist ungültig.

Die Wählerlisten übersendet die Bezirkswahlkommission an die Vorsitzenden der Abstimmungsbüros (Art. 27 des Reglements).

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 26. Oktober.

Zum Aussande der städtischen Arbeiter.

An der Streiklage ist keine Veränderung eingetreten. Neben dem Aufruf des Stadtpräsidenten, der die Aufständischen zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert, sind jetzt an den Mauern der städtischen Betriebe Auffrufe der Streikenden angebracht mit der Aufforderung, den Ausstand fortzusetzen. "Gloss Poranek" erfährt, daß gewisse Unregelmäßigkeiten in der Wasserversorgung und Gasbelieferung der letzten Tage nicht von dem Auslande herrührten, sondern durch den Kolossal, der aus Oberösterreich hereingeführt wird, bedingt sind. Aus diesem Grunde ist die Gasbelieferung auf bestimmte Stunden eingeschränkt. Gewisse Unterbrechungen in der Wasserlieferung rührten von der Durchbrennung des Motors her. Solche Vorfälle ereigneten sich schon im Sommer. Dank des energischen Standpunktes der städtischen Behörden und unter Unterstützung des Militärs, das wohl begreift, wie unmenschlich die Einstellung der Arbeit in den städtischen Betrieben sein müßte, werden die übernommenen Verpflichtungen ausgezeichnet durchgeführt und auf diese Weise der ganzen

Stadt, auf die es hier jetzt besonders ankommt: Volkskümmlichkeit und künstlerischer Wert.

Es wird nicht überflüssig sein, die Besucher dieser Veranstaltung mit der Geschichte der Vorphilharmonischen Oper bekannt zu machen. Ihre Uraufführung fand am 30. Mai 1846 in Wien, und zwar im K. A. Privattheater an der Wien, unter persönlichem Leitung des Komponisten statt. Dem Textbuch Vorphilharmonie diente als Vorbild ein Lustspiel von J. W. Ziegler, das im Jahre 1790 seine Uraufführung in Wien erlebte und sich "Liebhaber und Redebücher in einer Person" betitelte. Schon bevor Vorphilharmonie ging dieses Lustspiel in eine komische Oper umgearbeitet, hatten A. G. Henner und J. Kauer denselben Stoff zu einer Oper umgearbeitet, die unter dem Titel "Der Waffenschmied" im Herold'schen Theater im Jahre 1797 ihre Uraufführung erlebte. Später benutzte Joseph Weigl, auch Wien, den von Romanelli umgearbeiteten Stoff zu einer italienischen Oper, die als "Redebücher von sich selbst" in Mailand 1808 erstmals gesungen wurde. Handelt es sich bei all diesen Schöpfungen um meist unveränderte Wiedergaben des Bieglerischen Textes, so mangelte Vorphilharmonie, als er 1815 an die Bearbeitung des "Waffenschmieds" herantrat, verschiedene Figuren zu ganz anderen Charakteren um. Der Meister war in jener Zeit durch die sehr frühe Aufnahme, die seine "Urdine" der Publikum und Presse gefallen hatte und die auch seine Ernennung als Kapellmeister im Leipziger Stadttheater zur Folge hatte, in einer ziemlich bitteren Stimmung; er spricht selbst davon, daß der "Waffenschmied" in Kummer gezeugt, in Sorgen geworfen" worden ist. Die Aufnahme, die das Werk fand, rief Vorphilharmonie einen Schlag aus seiner Wirkung heraus. Doch es war kein rauschender Erfolg, der dem Werk beider war und der in Überdruck der damaligen Vorliebe des Wiener Publikums für italienische Musik und der stilettweise mäklen Befragung der Hauptrollen doch gar nicht erwartet wurde, so hatte die Aufführung wenktens sein Engagement als Theatersopranistin zur Folge, und damit war Vorphilharmonie in dem Schmerz, den ihm die vorherige Aufführung eingerichtet hatte, getötet. Doch hat es ziemlich lange gedauert, ehe sich der "Waffenschmied" die Stelle erobern konnte, den er verdiente. Nachdem er aber festen Fuß gesetzt hatte, ist er immer ein beliebtes Repertoirestück deutscher Bühnen geblieben.

Darüber hinaus haben besonders ansprechende Stellen sich nun Tages gehörte des Ritterknaben Georg tragikomisches Liedchen: "Das kommt davon, wenn man auf Reisen geht", das lustige "Man wird ja einmal nur geboren", der lästlichen alten Jungfer Stoff aus dem "armen armen Mädchen", vor allem aber das Lied des Waffenschmieds von der "lästlichen Zeit": "Auch ich war ein Jüngling mit lösigem Haar".

Der Theaterverein kann daher sagen, daß er mit der Wahl dieser Oper den Versuch gemacht hat, den Ansprüchen aller Kreise seines Publikums gerecht zu werden, weder zu hoch noch zu niedrig zu greifen und etwas zu geben, das keinen leer ausgehen läßt.

Für Monat November

werden Bestellungen auf das "Posener Tageblatt" ("Posener Warte") von allen Postanstalten und Postboten, sowie von unsren Zeitungshändlern und Annahmestellen entgegengenommen. Der Bezugspreis mußte leider wieder erhöht werden, weil die Papierfabriken den Preis für Zeitungspapier infolge Rohstoffmangel und sonstiger Fabrikationsverteterung annähernd verdoppelt haben, so daß andere hiesige Tageszeitungen ihre Bezugspreise für Monat November bereits auf 400-500 Mark erhöhen müssen.

Wir erheben für Monat November folgende Bezugspreise:

in der Geschäftsstelle.....	250 M.
in den Ausgabestellen.....	260 "
durch Zeitungshändler.....	300 "
am Postamt (ohne Zustellgebühr).....	265 "

Bei etwaigen Vierteljahrsbestellungen muß für November und Dezember eine Nachbelosung von je 100 M. erfolgen, die von den Postämtern nachträglich eingezogen werden.

Die Geschäftsstelle.

Besöllung die Befriedigung der wichtigsten Lebensbedürfnisse gesichert. Verschiedene Ausländerische haben es unternommen, diejenigen zu bekämpfen, die die Tätigkeit der Streikenden ausüben. Gestern drohte man ehemaligen Magistratsbeamten, die in Vertretung die Geldeinzehrung für die Gas- und Elektrizitätswerke übernahmen, daß man sie schlagen wolle; es blieb jedoch bei den Drohungen. Diese Tatsache zeigt aber von dem absoluten Mangel losen Denkens bei den Elementen, die von partizipierter oder klassenunabhängig geleitet, bis zu Drohungen vorgehen. Die Arbeitnehmer werden doch durchaus keinen Nutzen davon haben, wenn dem Magistrat Bezahlungsmittel fehlen werden; sie werden im Gegenteil in erster Linie ihre wirtschaftliche Lage erschweren. Gestern abend gelang es, die Straßenbelästigung mit einer geringen Zahl vor Arbeitskräften wieder durchzuführen.

Keine Staatskredite mehr für die Städte.

Auf Grund einer Verordnung des Finanzministeriums erhalten in Zukunft die Städte Polens keine geldlichen Unterstützungen oder Kredite mehr von der Staatsregierung. An dem betr. ausführlichen Schreiben betont der Minister die schwierige Finanzlage des Staates und erklärt kategorisch, daß vom 1. Januar 1922 ab alle belastenden Leihzinsen und Kredite für die Städte in Wegfall kommen. Die Stadtgemeinden müssen sich bemühen, durch eine entsprechende Gestaltung ihres Steuerwesens die Erfordernisse ihrer Budgets zu decken. Der Minister versichert, daß die städtischen Steuervorprojekte seines Ministeriums entgegenkommende und schnelle Freibigung finden werden. Zum Zwecke der Hebung der städtischen Finanzen wird der Minister für die folge Zusammenkünfte von Vertretern der städtischen Körperhassen einzurufen und diesen selbst vorstellen.

Das Reformationsfest der evangelischen Schulen.

Am 31. Oktober feiert die evangelische Kirche das Fest der Reformation. Um Lehrern und Kindern evangelischer Bekennerschaft die Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst zu geben, hat das Schulkuratorium in Posen beschlossen, den 31. Oktober als Schulferien Tag anzuerkennen. Dort, wo aus drülichen Gründen seine Gottesdienste in evangelischen Kirchen abgehalten werden können, hat das Kuratorium die evangelischen Lehrer berechtigt, in ihren Schulen Schulfreien zu verankerten.

Deutsche Wählerversammlung in Kolmar.

Am Sonntag, dem 28. d. Mts., wurde in Kolmar eine deutsche Wählerversammlung abgehalten, die recht gut besucht war. Nach Gründung eines Deutschen Wahlvereins wurden die Bestimmungen über die Kreiswahlwahlen besprochen. Deutscher Einspruch wurde gegen Artikel 24 des Wahlreglements mit folgender Erläuterung erhoben:

"Wir sehen in der Bestimmung des § 10 der Verordnung über die Wahlen zu den Kreisräten, nach welcher nur in den Kreistag wählbar ist, wer die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht, in Verbindung mit Artikel 24 des Wahlreglements, nach welchem die Bezirkswahlkommission berechtigt ist, den Kandidaten zwecks Feststellung, ob er die polnische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrscht, zu zählen, bei dem augenblicklichen Stande der Kenntnis der polnischen Sprache innerhalb der deutschen Bevölkerung ein beachtliches und wohl überlegtes Mittel, die Deutschen von der Kreisverwaltung auszuschließen."

Die Frage, ob es unter diesen Umständen überhaupt noch praktisch ist, daß die Deutschen sich an der Wahl beteiligen, wurde ernstlich erwogen. Eine Entscheidung darüber soll aber erst in der nächsten Wählerversammlung getroffen werden.

Vor neue Zeitgebietsminister. Der "Monitor Poloni" gibt bekannt: Der Staatspräsident hat Herrn Dr. Julius Trzeinski von seinem Amt als Minister für das ehemals preußische Teilstück entzogen und Herrn Dr. Józef Wysocki zu seinem Nachfolger ernannt.

Kein polnisches Bistum für die Reise nach Danzig. Gemäß der Bekanntgabe des Kommissars des Bölkerverbands im Senat der freien Stadt Danzig hat die polnische Regierung in der vorgezogenen Frist von 40 Tagen keinen Einfluß gegen die Entscheidung des Kommissars, nach der die in das Gebiet der freien Stadt eindringenden Ausländer eines polnischen Bistums nicht bedient werden. Angesichts dessen ist diese Entscheidung im gegenwärtigen Zeitpunkt in Kraft getreten.

X Sperrzeiten für die Gasbenutzung. Die Gasanstalt gibt bekannt, daß in der Zeit von 7-8 Uhr früh, von 10-1 Uhr mittags und von 4-12 Uhr nachts die Entnahme von Gas erlaubt ist.

Postlagernde Sendungen. Aufgrund einer Verfügung des Ministeriums für Post und Telegraphie müssen die Adressen postlagernder Sendungen den Vor- und Zusamen des Empfängers enthalten, und zwar sowohl im in- wie im ausländischen Verkehr. Die Benutzung von Anfangsabsätzen, Biffern, allgemeinen Bezeichnungen, Ortsnamen oder irgendwelchen verabredeten Zeichen ist unzulässig. Im Verkehr mit dem Auslande verpflichtet die erwähnte Verordnung vom 1. Januar 1922. Alle vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechenden Sendungen werden den Auflieferern als unbillig zurückgegeben.

Der Tag „Allerheiligen“, d. h. der 1. November, also der Dienstag nächster Woche, gilt als gesetzlicher Feiertag, auf den die Bestimmungen über die Sonntagsruhe Anwendung finden. Der Tag ist für sämtliche Schulen schulfrei. Da in den evangelischen Schulen auch am Montag wegen des Reformationsfestes der Unterricht ausfällt, so haben die evangelischen Schulen Kinder in der nächsten Woche drei schulfreie Tage hintereinander, und zwar Sonntag, Montag und Dienstag.

Sozialpolitisch-wissenschaftliche Vorlesungen. Die Vorlesung von Domherr Professor Dr. Steuer über das Problem des Lebens beginnt am Donnerstag, dem 27., nachmittags 6 Uhr. Die Vorlesung von Generalsuperintendent Dr. Blau über "christlichen Glauben und moderne Zweifel" am Freitag, dem 28., abends 6 Uhr. Die Vorlesung von Dr. Gottschall "Aus neueren Dichtern", deren Beginn auf Donnerstag, dem 27. Oktober, angezeigt war, fällt infolge Fortgangs von Herrn Dr. Gottschall aus.

Lieberabend Frau Loop-Stettin. Am Montag, dem 31. abends 8 Uhr findet im großen Saale des Evangelischen Vereins-

hauses ein Liederabend der Sopraniin Frau Loop aus Stettin statt. Das Programm weist Lieder von Schubert, Wolff und Richard Strauss auf. Die Begleitung hat Herr Professor Bergmann aus Bromberg, der hier bereits ziemlich bekannt ist, übernommen. Frau Loop, die einen vollen Mezzosopran vor großer Trockentafel und erster Schulung hat, wird in Deutschland bereits seit langem geschätzt. Eintrittskarten von 200 und 100 M. sind in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung, ul. Biagiowa, im Vorberlauf zu haben.

X Ausfall. Gestern vormittag kurz nach 8 Uhr wurde auf dem Hauptbahnhof der Lokomotivführer Skowronski beim Übersteigen der Gleise von einem einfahrenden Eisenbahnzug gestreift und zur Seite geschleudert, so daß er bestimmtlos liegen blieb. Er wurde schwer verletzt in ein Krankenhaus geschafft.

Wochenaufkurbbericht vom Montag, 26. Oktober. Auf dem Fleischmarkt zieht man für Schweinefleisch 250 M., Rindfleisch 150 M., Hammel- und Kalbfleisch 160 M., Speck bessere Ware brachte 40 M., Königsberger Wurst 320 M. — Auf dem Gemüsemarkt kostete Kartoffel 25 M., das Pfund Kraut 55 M., das Pfund Zwiebeln 55 M., das Pfund Mohrrüben 40 M., das Pfund Birnen und Apfel waren mit 60-70 M. das Pfund zu haben. — Butter kostete man mit 850 M. das Pfund und Weizkäse mit 100-150 M. das Pfund. — Auf dem Getreidemarkt kostete man viele Getreide, die jedoch teurer waren, bessere Ware brachte 700 M.

X Belebungsmaßnahmen. Dienstag, 27. Oktober. Auf dem Fleischmarkt zieht man für Schweinefleisch 250 M., Rindfleisch 150 M., Hammel- und Kalbfleisch 160 M., Speck bessere Ware brachte 40 M., Königsberger Wurst 320 M. — Auf dem Gemüsemarkt kostete Kartoffel 25 M., das Pfund Kraut 55 M., das Pfund Zwiebeln 55 M., das Pfund Mohrrüben 40 M., das Pfund Birnen und Apfel waren mit 60-70 M. das Pfund zu haben. — Butter kostete man mit 850 M. das Pfund und Weizkäse mit 100-150 M. das Pfund. — Auf dem Getreidemarkt kostete man viele Getreide, die jedoch teurer waren, bessere Ware brachte 700 M.

X Einbruchschießbühne. Dienstag, 27. Oktober. Auf dem Wochenaufkurbbericht vom Dienstag, 26. Oktober, lagern aus Diebstählen bestehende Wäschestücke mit verschiedenen Buchstaben, eine Fernsehapparatur, 6 silberne Teelöffel. Die Eigentümer können sich in dem Kommissariat 8 melden. — Einem Mann wurde ein Paar gelbe Pferdeleinen, die vermutlich aus einem Diebstahl in der Umgebung von Posen verstammt, abgenommen. Sie können im Zimmer 9 der Kriminalpolizei beschlagnahmt werden.

X Einbruchschießbühne. Dienstag, 27. Oktober. Auf dem Wochenaufkurbbericht vom Dienstag, 26. Oktober, in der ul. Składowa 1 (fr. Gartenstraße) ein großer Wurstkasten, darunter 12 Damenbündchen, gezeichnet 25 M., 17 Männer und andere Gegenstände im Gesamtwert von 195 000 M. entwendet.

- Aus der Gardegarantie "Sarmatia" in der ul. Grunwaldzka (fr. Auguste Bistoria) wurden in der Nacht zum Dienstag drei lebende Krebsen im Wert von einer halben Million Mark gestohlen. — Auf einer Wohnung in der ul. 27 Grudnia 4 (fr. Berlinerstr.) wurden zwei goldene Trauringe, einer 8 Karat, der andere 9 Karat, sowie ein Ring mit 2 Rubin im Gesamtwert von 38 000 M. gestohlen.

Dreisacher Mord.

* Graudenz, 24. Oktober.

Die "Wochenspiegel" berichtet:

Großbäcker-Mord verübt. Ein brennender Mord, wie man für die Bewohner unserer Stadt in Aufregung. In verflossener Nacht kam das Dienstmädchen des Restaurateurs Pawełczyk Kubat, Zeitungstraße 12, in notdürftiger Bekleidung, zu Polizeibeamten auf die Straße gerufen und meldete, daß zwischen 12 und 1 Uhr in der Nacht zwei Männer, durch das im Parterre des Hauses gelegene Restaurant ihrer Herrschaft eingedrungen seien. Die Beamten bestätigten dies. Ein brennender Mord, wie man für die Bewohner unserer Stadt in Aufregung. In verflossener Nacht kam das Dienstmädchen des Restaurateurs Pawełczyk Kubat, Zeitungstraße 12, in notdürftiger Bekleidung, zu Polizeibeamten auf die Straße gerufen und meldete, daß zwischen 12 und 1 Uhr in der Nacht zwei Männer, durch das im Parterre des Hauses gelegene Restaurant ihrer Herrschaft eingedrungen seien. Die Beamten bestätigten dies. Ein brennender Mord, wie man für die Bewohner unserer Stadt in Aufregung. In verflossener Nacht kam das Dienstmädchen des Restaurateurs Pawełczyk Kubat, Zeitungstraße 12, in notdürftiger Bekleidung, zu Polizeibeamten auf die Straße gerufen und meldete, daß zwischen 12 und 1 Uhr in der Nacht zwei Männer, durch das im Parterre des Hauses gelegene Restaurant ihrer Herrschaft eingedrungen seien. Die Beamten bestätigten dies. Ein brennender Mord, wie man für die Bewohner unserer Stadt in

